



Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Inhalt:

Aktuelle Stunde: Die Steiermark ist ein sehr sicheres Land.....	2
Landtag Steiermark beschließt neues Gehaltsschema und sorgt damit für mehr Geld für Pflegeberufe	4
Landtag Steiermark beschließt Kündigung der Vereinbarung über Sozialhilfekosten	5
Die Steiermark ist Vorreiter in nachhaltiger Energiepolitik und Klimaschutz.....	6
Gesetz zum Schutz vor invasiven Arten beschlossen.....	7
922 Millionen Euro: Förderbericht 2016 passiert den Landtag	8
Öffentlicher Verkehr in Graz als Thema im Landtag	9

Aktuelle Stunde im Landtag zur Sicherheitslage in der Steiermark

Die Steiermark ist ein sehr sicheres Land

Klubobmann Karl Lackner konnte im Vorfeld der Landtagssitzung Innenminister Wolfgang Sobotka im Landtagsklub der Steirischen Volkspartei begrüßen. Sobotka berichtete den VP-Abgeordneten über die aktuelle Sicherheitslage in Österreich und im Speziellen der Steiermark.

Das Ergebnis: Die Steiermark ist ein sehr sicheres Land.

Das konnten die ÖVP-Abgeordneten dann auch im Rahmen der Aktuellen Stunde im Landtag untermauern. Auf Veränderungen der Sicherheitslage wird konsequent reagiert und entsprechende Maßnahmen werden rasch gesetzt.

Ernsthafte Sicherheitspolitik funktioniert ohne Verunsicherung

Die Freiheitlichen haben im Rahmen der Aktuellen Stunde nichts Anderes versucht, als zu politischen Zwecken mit dem Sicherheitsgefühl der Steirerinnen und Steirer zu spielen und Unsicherheit zu erzeugen. Die Fakten widersprechen ihren Darstellungen von explodierender Kriminalität und angeblichem Personalabbau bei der Polizei in aller Deutlichkeit.

Dass sich die Sicherheitslage verändert, steht außer Streit. Darauf wird mit aller Konsequenz reagiert, damit die Steiermark auch weiterhin sicher bleibt. Mit ihrer Arbeit im Landtag setzt die Steirische Volkspartei darauf, durch konstruktive Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen an der notwendigen Weiterentwicklung der Sicherheit in der Steiermark mitzuwirken, anstatt Verunsicherung gezielt zu befeuern.

LH Schützenhöfer dankt Vorreitern in der Bekämpfung von Extremismus

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer betonte, dass die Sicherheitslage mit größter Aufmerksamkeit zu beobachten ist. Auch in der Steiermark gibt es Gruppierungen, die Sorgen bereiten. In diesem Zusammenhang drückte der Landeshauptmann seine Dankbarkeit gegenüber allen Polizistinnen und Polizisten und im Speziellen dem Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung Steiermark sowie der Staatsanwaltschaft Graz aus, die bundesweit Vorreiter in der Bekämpfung jihadistischer Sachverhalte waren und sind.

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

„In der Steiermark muss es unser Ziel sein, das Sicherheitsgefühl der Steirerinnen und Steirer Schritt für Schritt noch weiter zu heben. In diesem Sinne unterstütze und befürworte ich jede Maßnahme, die seitens der zuständigen Bundesstellen in technischer, rechtlicher und personeller Hinsicht getroffen wird, um dies zu gewährleisten“, so der Landeshauptmann.

Zukunftscoalition weist auf Fakten zur Sicherheitslage in der Steiermark hin

Die Sicherheitslage in der Steiermark hat sich im ersten Quartal 2017 positiv entwickelt. Die Zahl der Straftaten ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Auch in der Betrachtung der letzten 10 Jahre ist ein deutlicher Rückgang zu erkennen. Zudem kann die steirische Polizei auf eine Aufklärungsquote von 48,4 % verweisen. Diese ist im Vergleich zum Vorjahr nicht nur erneut höher geworden, sondern liegt auch über dem Österreich-Schnitt. Von Seiten des Innenministeriums wurden zudem gezielt Maßnahmen im Bereich der BIG 5 (Wohnraumeinbruch, Cybercrime und Wirtschaftskriminalität, KFZ-Diebstahl, Gewaltdelikte) gesetzt. Neben einem großen Investitionspaket in die Ausrüstung im Jahr 2016, zeigt auch die Kurve der Personalentwicklung nach oben.

Prävention als entscheidender Schwerpunkt der Sicherheitspolitik

Entscheidende Elemente einer erfolgreichen Sicherheitspolitik sind neben den nötigen gesetzlichen Maßnahmen Prävention, Beratung und Aussteigerprogramme. So wird – ergänzend zu den zahlreichen bestehenden Programmen – ab Juli 2017 ein bundesweites Netzwerk für Extremismusprävention und Deradikalisierung eingerichtet.

Präventionsarbeit, bereits in der Schule beginnend, ist eine der wichtigsten Säulen der Sicherheitspolitik, um es gar nicht erst zu Vergehen oder Radikalisierung kommen zu lassen. Innenminister Sobotka plant darüber hinaus, noch vor dem Sommer ein umfassendes Sicherheitspaket mit notwendigen gesetzlichen Regelungen auf den Weg zu bringen.

Landtag Steiermark beschließt neues Gehaltsschema und sorgt damit für mehr Geld für Pflegeberufe

Das derzeit im öffentlichen Pflegebereich in der Steiermark geltende Entlohnungsschema „SII“, ließ sowohl einen Abgang von Pflegekräften zu anderen Trägern und Bundesländern, als auch Schwierigkeiten erwarten, zukünftig neues Personal für den Pflegeberuf begeistern zu können.

Um dem entgegen zu wirken, hat man – wie bei den Ärzten – eine Überarbeitung des Gehaltsschemas vorgenommen. Das mit dem Betriebsrat ausverhandelte Ergebnis ist ein faires und attraktives Gehalt für die Pflege- und die Medizinischen Assistenzberufe. Die von Gesundheitslandesrat Christopher Drexler vorgelegten Verbesserungen wurden im Landtag **einstimmig beschlossen**.

Rund um die Pflegeberufe ist zurzeit einiges im Umbruch. Mit dem Beschluss des Landtags ist es gelungen, ein Entlohnungsschema zu schaffen, das den aktuellen Anforderungen des Pflegebereichs gerecht wird und mit dem die Steiermark den Vergleich der Bundesländer keineswegs zu scheuen braucht. Neben einem fairen und attraktiven Einstiegsentgelt, werden auch der Kompetenzerwerb und die Erfahrung im Entlohnungsschema abgebildet. Zudem wird die erst unlängst gesetzlich verankerte neue Berufsgruppe der Pflegefachassistenz entsprechend abgebildet. Damit ist ein entscheidender Schritt gelungen, die Pflege- und Medizinischen Assistenzberufe zu attraktivieren.

Dem Landtagsklub der Steirischen Volkspartei ist das neue Gehaltsschema auch deshalb so wichtig, da es um eine angemessene Entlohnung für diejenigen geht, die 365 Tage im Jahr 24 Stunden am Tag für die Menschen da sind.

Landtag Steiermark beschließt Kündigung der Vereinbarung über Sozialhilfekosten

Der Landtag Steiermark hat den Ausstieg aus der Bundesländer-Vereinbarung über Kostenersatz in der Sozialhilfe beschlossen. Die Vereinbarung regelt seit 1979, welches Land für die Tragung der Kosten zuständig ist, wenn ein Leistungsbezieher seinen Wohnsitz in ein anderes Bundesland verlegt. In den letzten Jahren haben sich die Kosten für das Land Steiermark unverhältnismäßig gesteigert.

Ursprünglich waren von der Vereinbarung Bereiche, wie die Pflege oder die Kinder- und Jugendhilfe umfasst, seit deren Einführung jedoch auch die Mindestsicherung. Die Kosten, die durch die Mindestsicherung für die Länder und Gemeinden anfallen, sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Seit 1. Jänner 2017 besteht keine Vereinbarung über eine österreichweit einheitliche Mindestsicherung mehr. Einige Bundesländer haben seither von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, eigene Regelungen zu schaffen und die Leistungshöhe in unterschiedlichster Weise zu ändern. Dadurch hat sich auch der Trend verstärkt, dass immer mehr Mindestsicherungsbezieher ihren Wohnsitz – vorrangig nach Wien – verlegen.

Enorme Kostensteigerung in den letzten Jahren

Hat die Steiermark 2012 noch mit 22.435,54 Euro, die in unser Land geflossen sind, von der Vereinbarung über den Kostenersatz profitiert, waren 2016 bereits 852.859,16 Euro an andere Bundesländer abzuliefern. Neben dem umständlichen Verrechnungsmodell, das einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand bedeutete, war die enorme Kostensteigerung der letzten Jahre der entscheidende Grund, dass sich die Steiermark für den Ausstieg aus der Vereinbarung entschieden hat.

Bundesweite Lösung bleibt Ziel

Nach Oberösterreich, Niederösterreich, Kärnten, Salzburg und dem Burgenland wird damit auch die Steiermark mit Ablauf des Jahres 2017 nicht mehr Teil der Bundesländer-Vereinbarung über den Sozialhilfe-Kostenersatz sein. Die Steirische Volkspartei hat sich im Landtag jedoch dafür ausgesprochen, weiterhin für eine bundesweit einheitliche, praktikable und vor allem finanzierbare Lösung im Bereich der Mindestsicherung einzutreten.

Der Beschluss über den Ausstieg aus der Vereinbarung über den Kostenersatz wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und FPÖ gefasst.

Die Steiermark ist Vorreiter in nachhaltiger Energiepolitik und Klimaschutz

Auf Initiative der Zukunftscoalition hat der Landtag Steiermark die Klima- und Energiepolitik zum Thema gemacht. Zudem wurden die „Naturschutzstrategie Steiermark 2025“ und die „Energiestrategie Steiermark 2025“ beschlossen.

Die Steiermark ist mit der „Energiestrategie 2025“ und dem „Klimaschutzplan Steiermark“ seit Jahren Vorreiter in Sachen nachhaltiger Energiepolitik und Klimaschutz. Im Klimaschutzplan werden nachhaltige Maßnahmen zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes definiert, die einen wesentlichen Beitrag zur Verminderung der globalen Erderwärmung leisten.

Klimaschutz als Generationenaufgabe

In der Landtagsdebatte wurde verdeutlicht, dass der Klimaschutz eine Generationenaufgabe ist. Die Folgen des Klimawandels sind bereits jetzt zu spüren und werden in noch viel stärkerem Ausmaß die künftigen Generationen betreffen. Umso wichtiger war es den Abgeordneten zu betonen, wie bedeutend es ist, den Klimaschutz im Landtag zu thematisieren, um noch größeres Bewusstsein für die Herausforderungen zu schaffen, die uns die Klimaveränderungen bescheren werden. Denn die heutige Generation sei nicht die letzte, die den Klimawandel erlebt, aber die letzte, die etwas gegen den Klimawandel tun könne.

Gemeinsame Klima- und Energiestrategie 2030

Um die Herausforderungen durch die Zielvorgaben des Pariser Klimaschutzabkommens nachhaltig meistern zu können, arbeitet die Steiermärkische Landesregierung aktuell intensiv daran, den Klimaschutzplan Steiermark und die Energiestrategie 2025 zu einer gemeinsamen Klima- und Energiestrategie 2030 zusammenzufassen und die Ziele und Maßnahmen entsprechend den neuen internationalen Vorgaben auszurichten. Die konsequente Fortführung dieses Vorhabens haben ÖVP und SPÖ in einem Entschließungsantrag gefordert, der einstimmig angenommen wurde. Das Ziel der Steirischen Volkspartei ist es, eine schlagkräftige Strategie zu schaffen, die dennoch unsere Betriebe nicht mit unnötigen zusätzlichen Auflagen belastet.

Die „Naturschutzstrategie Steiermark 2025“, die die Ziele und Umsetzungsschritte entlang des neuen Steiermärkischen Naturschutzgesetzes dokumentiert, wurde im Landtag mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und FPÖ beschlossen. Einstimmig angenommen wurden die „Energiestrategie Steiermark 2025“ sowie der „Energiebericht 2016“.

Gesetz zum Schutz vor invasiven Arten beschlossen

Der Landtag Steiermark hat ein Gesetz zum Schutz vor invasiven gebietsfremden Arten beschlossen. Es stellt einen Handlungsrahmen für die Bekämpfung von invasiven Pflanzenarten wie dem Riesenbärenklau dar.

Die nicht heimischen Pflanzen und auch Tiere wurden oft schon vor Jahren eingeschleppt. Die Veränderung des Klimas trägt nun dazu bei, dass sich diese rascher ausbreiten können als bisher.

Der Landesregierung wird daher per Gesetz die Ermächtigung erteilt, Verordnungen zu erlassen, mit denen etwa Maßnahmen zur Beseitigung, Kontrolle und Eindämmung dieser Pflanzen- oder Tierarten festgelegt werden können.

Die gebietsfremden Arten können massive Schäden an Gebäuden und Straßen anrichten oder auch zu Verletzungen von Menschen führen. Daher sind empfindliche Strafen von bis zu 20.000 Euro für das Aussetzen von gefährlichen Pflanzen und Tieren vorgesehen – um auch die Sensibilisierung der Bevölkerung zu erreichen.

Mit dem **einstimmigen Beschluss des Gesetzes** – das die Umsetzung einer EU-Richtlinie beinhaltet – geht somit auch die Aufforderung an die Steirerinnen und Steirer einher, aufmerksam zu sein und gefährliche Pflanzenbestände und Tiere bei Gemeinde oder Berg- und Naturwacht zu melden.

922 Millionen Euro: Förderbericht 2016 passiert den Landtag

Stolze 922.814.971,90 Euro wurden im Berichtszeitraum ausgeschüttet, 194.147 Förderungen im Rahmen von 261 Förderprogrammen bearbeitet. Jede dieser Förderungen stellt eine Investitionsmaßnahme dar.

Spitzenreiter ist die Abteilung 15 - Energie, Wohnbau, Technik. Darunter fällt etwa die gesamte Wohnbauförderung, von der jedes Jahr tausende Steirerinnen und Steirer beim Bau, Kauf oder bei der Miete ihres Heimes profitieren. Aber auch Maßnahmen zur Forcierung erneuerbarer Energien oder der Elektromobilität sind enthalten.

Ebenfalls umfangreich sind die Förderfälle in der Abteilung 6 - Bildung und Gesellschaft, die rund 180 Millionen Euro ausschüttete. Darunter fallen neben den Ausbauaktionen für ganztägige Schulen und die Kinderbetreuung etwa die Musikschulen, die verbandliche und offene Jugendarbeit sowie die Erwachsenenbildung.

Die höchste Anzahl an Förderfällen findet sich in der Abteilung 10 - Land und Forstwirtschaft. Zurückzuführen ist das etwa auf die rund 17.700 Förderfälle im Rahmen des Agrarumweltprogramms, die fast 22.000 Förderfälle im Rahmen der Ausgleichszulage für Betriebe in benachteiligten Gebieten oder die über 21.000 Förderungen an Versicherte der Hagelversicherungsanstalt.

Die 636 Seiten des Berichts weisen alle Förderungen auf, die im Berichtszeitraum 2016 vom Land Steiermark gewährt wurden. Auch eine Auflistung der Bedarfszuweisungen für die Gemeinden – sie werden aus Gemeinde- und nicht aus Landesmitteln bezahlt – ist enthalten.

Der Bericht wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und KPÖ zur Kenntnis genommen.

Öffentlicher Verkehr in Graz als Thema im Landtag

Ein Gesamtverkehrskonzept für Graz und sein Umland soll ausgearbeitet und gemeinsam von Stadt, Land und Bund finanziert werden. Keine neuen Belastungen für Arbeitgeber oder Arbeitnehmer.

Der Grazer Finanzstadtrat Günter Riegler hat rund um die Präsentation der Budgetplanungen der Stadt für die kommenden Jahre betont, dass ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs nur bei gemeinsamer Finanzierung mit Land und Bund vorangetrieben werden kann. Schließlich beteiligt sich der Bund ja auch beim U-Bahn-Ausbau in Wien großzügig. In der Landtagsdebatte über die Finanzierung des Öffentlichen Verkehrs in Graz stärkten die Abgeordneten der Steirischen Volkspartei dem Stadtrat den Rücken.

Gesamtplanung für öffentlichen Verkehr

LAbg. Alexandra Pichler-Jessenko betonte die Notwendigkeit eines Masterplans für den öffentlichen Verkehr. Darin sollen nicht nur Planungen für den Öffi-Ausbau in Graz enthalten sein, sondern auch die Umlandgemeinden und darüber hinaus die gesamte Steiermark miteinbezogen werden. Sie stellte richtig, dass der Straßenbahn-Ausbau keineswegs abgesagt sei, sondern sehr wohl in Angriff genommen wird, sobald eine Lösung für die Finanzierung besteht. Zudem hat Stadtrat Riegler einen Investitionsfonds mit 300 Millionen Euro eingerichtet, der auch genau für solche Projekte genutzt werden kann.

Pichler-Jessenko plädierte abschließend dafür, die Schiene zwar als wichtigen Teil, aber nicht als Allheilmittel im öffentlichen Verkehr zu sehen. Gerade am Innovationsstandort Steiermark, mit einer Technischen Universität von Weltruf, müsse man auch in Alternativen denken.

Nahverkehrsabgabe: Keine neuen Belastungen!

Grüne und KPÖ versuchten erneut eine Nahverkehrsabgabe als Universallösung für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs zu präsentieren. Dafür gab es von der Steirischen Volkspartei eine klare Absage. Man will keine neuen Belastungen zulassen – weder für Arbeitnehmer noch für Arbeitgeber.